Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 7 (1927-1928)

Heft: 10

Artikel: Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit

Autor: Gitermann, M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329689

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

weniger vorgerückt als das der Nachbarkantone? Und die Urschweizer mit ihrer uralten ans Mittelalter anknüpfenden Demokratie, oder die Bündner, hätten sie wohl gezögert, das neue Verfahren zu erkämpfen, wenn sie sich ohne dasselbe benachteiligt gefühlt hätten?

Also zusammenfassend: Durch das neue bernische Strafprozeßgesetz, das so viele Verbesserungen des bisherigen Zustandes bringt, wird das Volksrecht der Mitarbeit an der Rechtsschöpfung nicht geschmälert, sondern wirksamer gestaltet. Nicht für abgestorbenes Paragraphenrecht soll ein Bollwerk errichtet werden, sondern für die Gerechtigkeit im höchsten Sinn, soweit sie menschlicher Unvollkommenheit zugänglich ist.

Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit.

Von Dr. M. Gitermann.

(2. Fortsetzung: Abstrakte Theorien über den Kriegssozialismus.)

Für den Sozialisten, der heute im Kampfe für seine Ideen auf den beharrlichen Widerstand der bürgerlichen Ideologen stößt, ist es nicht ohne Interesse, zu verfolgen, welche Argumente die akademischen Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft gegen den Kriegssozialismus ins Feld führten. So wollen wir denn hier der typischen Meinungen aus der Mitte der bürgerlichen Schule Erwähnung tun.

An erster Stelle sei hier die Broschüre von Theodor Heusz erwähnt: „Kriegssozialismus" (1915). In allen staatlichen und kommunalen Maßnahmen ersieht Heusz keinen Sozialismus, sondern einfach Versorgemaßnahmen des Krieges. Er betont, „daß der „Kriegssozialismus" mit dem marxistischen Sozialismus ganz und gar nichts zu tun hat". Die Beibehaltung der öffentlichen wirtschaftlichen Kriegsinstitutionen für die Zukunft hält er für nicht rationell, obwohl er sich darüber Rechenschaft gibt, daß nach dem Kriege verschiedenes in der sozialen Organisation geändert werden müßte; „daß aber der Staat auch in Friedenszeiten die Preispolitik für Getreide und Mehl ausübte, in einer beherrschenden technischen Organisation, hat nicht nur die bekannten Schwierigkeiten (Erhaltung, Verwahrung und Verderb), sondern auch politisches Bedenken. Jene organisatorischen Aufgaben ließen sich vielleicht dadurch überwinden, daß der Staat nur als Buchführer und Ueberprüfer auftritt" (S. 37).

Eine klar ausgesprochene und energische Organisation gegen den „Kriegssozialismus" und den Sozialismus überhaupt nimmt Professor Liefmann in seiner Broschüre „Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?" ein (1915). Auf die oben wiedergegebenen Ansichten Jaffés erwidert Liefmann: „Ich halte diese Ansichten für sehr bedenklich und glaube, daß, wenn jene Kriegsmaßregeln wirklich ein ungeheurer Ruck auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft wären, diese keinen

Fortschritt, sondern einen großen und für unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege verhängnisvollen Rückschritt bedeuten würden". In den bis 1915 vom Staate getroffenen Maßnahmen (Festsetzung von Höchstpreisen, Zwang zu Verkaufsabschlüssen, Verstaatlichung der Getreideversorgung, Regelung des Brotkonsums usw.) will Liefmann mit Recht keinen Sozialismus ersehen. Eher hält er dies für den Kommunismus einer belagerten Festung. Von der ganzen staatlichen Kriegswirtschaft ist er nicht sonderlich hoher Meinung. Staatliche Monopole seien zwar vom finanziellen Standpunkte aus notwendig, aber sie sollten nach Liefmann auf individualistischem Prinzip aufgebaut werden. Damit der Staat sich große Einnahmequellen schaffen könnte, sei es notwendig, die weiten Bevölkerungsschichten kauffähig zu erhalten. Das geschehe aber nur durch die weitgehendste Entwicklung der privaten Unternehmertätigkeit. „Die Aufgaben, die das deutsche Volk in der Welt zu erfüllen hat, verlangen nun einmal die größte Anspannung seiner Glieder. Wir können keine Weltmacht sein, wenn wir uns begnügen wollten, das Volk der Dichter und Denker zu bleiben" (S. 35).... „Denn die Weltgeschichte selbst weist uns unsere Aufgabe zu" (S. 36). Sehr entschlossen tritt Liefmann gegen den Sozialismus überhaupt auf. „Zu solchen Phantastereien, die unsern Blick gegenüber unseren wirklichen Aufgaben trüben, gehört auch der Gedanke des sozialistischen Zukunftsstaates, gehört die ganze sozialistische Lehre von einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die wir herbeiführen müssen auf der Grundlage des extremen Sozialprinzips. Das Streben nach diesem Ideal hält viele Kräfte unseres Volkes, nicht nur der Arbeiter, ab von der Tätigkeit für seine wirklichen Aufgaben, veranlaßt viele zu Forderungen, die sich nicht verwirklichen lassen, verschärft die politischen Gegensätze und verschließt den Blick für den schweren Kampf des deutschen Volkes um seine Stellung nach außen. Besonders führt es die sozialistischen Arbeiter zu einem unheilvollen Internationalismus, der auch wiederum die Erkenntnis der nationalen Notwendigkeiten und Gefahren verdunkelt" (S. 37).

In Vorahnung der modernen Sozialisierungsbewegung mahnt Liefmann schon 1915 dazu, den Arbeitern „begreiflich zu machen, daß die Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung international unmöglich und national verderbenbringend ist, daß die Arbeiter anderer Länder, die mehr auf dem Boden der Wirklichkeit stehen, nicht daran denken, sie in der Praxis zu versuchen, daß wir alle unsere Energie daransetzen müssen, unsere Stellung auf dem Weltmarkte wieder zu erringen und zu festigen. Wir müssen den Arbeitern begreiflich machen, daß wir mit sozialistischen Experimenten die gewaltigen Mittel nicht aufbringen können, die die Beseitigung der Schäden des Krieges und die Behauptung unserer Stellung unter den Nationen auch in Zukunft kosten wird, und von der die Existenz der Arbeiterklasse ebenso abhängig ist, wie die aller andern Klassen des Volkes" (S. 39). Die leitende Idee der Broschüre Liefmanns ist demnach: „Für unsere Ziele und Aufgaben ist der Sozialismus heute eine Gefahr, und ihn als einen Idealzustand aus den Köpfen unserer Arbeiter zu vertreiben, eine Notwendigkeit in deren

eigenstem Interesse" (S. 40). — Wie wenig Liefmanns Ideen in die Arbeiterköpfe eingedrungen sind, und dieselben von „schädlichen Träumereien" geheilt haben, beweist aufs klarste die Novemberrevolution und die eingesetzte Sozialisierungsbewegung.

Professor Dr. Andreas Voigt spricht in seiner Broschüre „Kriegssozialismus und Friedenssozialismus" (1916) dem Kriegssozialismus jede Bedeutung für den Friedenssozialismus ab. Die einschneidenden Veränderungen in der Volkswirtschaft, die in den ersten anderthalb Kriegsjahren stattgefunden haben, kann Voigt natürlich nicht in Abrede stellen, nämlich, „daß die Aufgabe einer planmäßigen Bedarfsdeckung in dem Umfange wie in Deutschland während dieses Krieges noch niemals an den Wirtschaftspolitiker herantrat, und daß bei der Lösung dieser Aufgabe Arbeit geleistet worden ist, die der Fähigkeit des deutschen Volkes, zu organisieren und sich organisieren zu lassen, alle Ehre macht" (S. 7). Aber in der Lösung der vom Krieg gestellten Aufgaben will Voigt prinzipiell nichts Neues ersehen. Der Verfasser bekennt sich zur bestehenden Wirtschaftsordnung, glaubt an den unverrückbaren Bestand derselben und nimmt daher eine ablehnende Stellung zu jenen Sozialökonomen ein, die eine besondere Kriegswirtschaftslehre begründen wollen. „Es ist", sagt er, „zwecklos und überflüssig, sich mit einer derartigen Kriegswirtschaftslehre auseinanderzusetzen; denn sie wird, das ist meine feste Ueberzeugung, in der Friedenssonne wie Schnee dahinschmelzen (S. 9). Aber schließlich wird trotz alledem nach sozialistischen Versuchen nicht eine neue kommunistische oder sozialistische Wirtschaftsordnung aus dem Kriege hervorgehen, sondern die ganz alltägliche, seit Jahrtausenden immer wieder erprobte, auf privatwirtschaftlichem Erwerb beruhende Ordnung in neuer Kraft wiedererstehen. Und sie wird dann ein tieferes und allgemeineres Verständnis finden, als dessen sie sich heute zu erfreuen hat" (S. 9). Die mit der Novemberrevolution eingetretene Sozialisierungsbewegung beweist uns jedoch, daß die von Voigt so beredsam gepriesene Ordnung nicht ohne weiteres „wiedererstehen" konnte.

Bei der Beurteilung der Bedeutung der Kriegsmaßnahmen stellt sich Leopold von Wiese in seinem Werkchen „Staatssozialismus" (1916) auf einen rein ausgesprochenen prinzipiellen Standpunkt: Individualismus gegen Sozialismus. Nicht die Tatsachen allein spielen für ihn die Hauptrolle, sondern das, was hinter den Tatsachen steht: die leitende Idee. Dementsprechend will er seine Meinung philosophisch begründen und schickt seinen praktischen Ausführungen weit angelegte Erörterungen theoretischen Charakters voraus. Gegen den Staatssozialismus ergreift er die Waffe in folgenden Worten: „Der Staatssozialismus enthält die Gefahr, daß er Freiheit und Initiative des Menschen allzusehr beschränkt, daß er ferner Staat und Gemeinden mit einer Aufgabenfülle belastet, denen sie auf die Dauer nicht gewachsen sind. Am wahrscheinlichsten ist außerdem, daß er sich bei uns mehr als Staatskapitalismus verwirklicht, bei dem zwar die Kollektivkräfte der öffentlichen Gewalten vermehrt werden, die erhofften Fortschritte der Demokratie aber

nicht eintreten" (S. 119). Demgegenüber will er „die Grundsätze des Liberalismus im Willen und Denken der Gebildeten" verankern: „Wirtschaftlich ist der freie Markt, sozial die Entfaltungsmöglichkeit der Ueberdurchschnittlichen, politisch das Verhältnis des Vertrauens und der Achtung zwischen Regierenden und Regierten" (S. 120). Trotz dieser Sympathien für den Individualismus muß aber der Verfasser nolens volens zugeben, „daß es auch objektive Faktoren gibt, die zugunsten der Weiterentwicklung des Staatssozialismus auf Grund der Kriegserfahrungen sprechen" (S. 103). Wenn aber die wirtschaftliche Entwicklung zum Staats- und Gemeindesozialismus gebieterisch drängt, so nützen alle theoretischen Einwendungen nichts, und v. Wiese sieht sich gezwungen, zu einem Kompromiß zu gelangen: „Nicht Gemeinwirtschaft oder privater Wettbewerb, sondern eine neue und vollkommenere Einheit aus beiden Elementen" (S. 105). Und weiter: „Sicher sind Tendenzen vorhanden, die nach Erweiterung und Verstärkung der öffentlichen Wirtschaftsorganisationen drängen und dazu führen werden, daß man den Unternehmer- und Arbeiterverbänden nicht allein das Feld der ökonomischen Organisation überlassen wird. Man wird sie nicht beseitigen, aber noch mehr in den Rahmen des Staatsmechanismus drücken und sie als öffentliche (oder richtiger als halböffentliche) Körperschaften ausbilden. Wahrscheinlich werden besonders auch die Gemeinden und Kommunalverbände an Unternehmertätigkeit wachsen. Der absolute Staatssozialismus hat freilich wenig Aussicht auf Verwirklichung. Alle praktischen Möglichkeiten liegen in dem weiten Bereiche seiner relativen Formen" (S. 104). Worin wird „die neue und vollkommene Einheit" der Gemeinwirtschaft und des Privatgewerbes bestehen? Die klare Antwort auf diese wesentliche Frage bleibt uns der Verfasser schuldig.

Nachdem wir die Einwendungen der bürgerlichen Wissenschaft gegen den Kriegssozialismus betrachtet haben, wenden wir uns nun der sozialistischen Kritik zu. Es ist von vornherein klar, daß die sozialdemokratischen Kritiker ganz andere Gesichtspunkte (als die Repräsentanten der bürgerlichen Schule) geltend machen müssen.

Zu den sozialdemokratischen Schriftstellern radikaler Richtung, die den Kriegsmaßnahmen ihren sozialistischen Charakter absprechen, gehört vor allem der bedeutendste Theoretiker des orthodoxen Marxismus — Karl Kautsky. In seiner Abhandlung „Kriegsmarxismus", — einer Kritik, die sich gegen den österreichischen Sozialdemokraten Renner richtet, äußert sich Kautsky (in Kapitel IV: „Die Durchstaatlichung der Wirtschaft", b) „Kriegswirtschaft") wie folgt:

„Die „Staatswirtschaft" im Kriege, die Renner als Ergebnis der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte bezeichnet, ist nichts, was nicht in jeder belagerten Stadt seit alters her sein Gegenstück fände. Neu ist bloß die ungeheure Tatsache, daß ganze große Reiche heute in dieser Lage sind. Aber auch das ist nicht ganz Unerhörtes." ....

„Ein jeder Krieg erheischt rücksichtslose Eingriffe in das Privateigentum, um so mehr, je größer die Not der Zeit. Da ist es nun bemerkenswert, bei der heutigen „Bewirtschaftung" verschiedener Produkte durch

den Staat, welche Kraft das Privateigentum an den Produktionsmitteln entfaltet. Diese Kraft, trotz aller Durchstaatlichung, ist das Bemerkenswerte an der „Staatswirtschaft", die der jetzige Krieg nach sich zieht. Eine wirkliche rationelle Staatswirtschaft müßte in den Produktionsprozeß eingreifen, diese Grundlage des gesamten Wirtschaftens. Das wäre nicht möglich ohne Eingriffe in das Privateigentum an den Produktionsmitteln." .... „Vor dem Privateigentum an Produktionsmitteln macht die Kriegswirtschaft respektvoll Halt. Die heutige Art des staatlichen Eingreifens in die „Wirtschaft" erfaßt soweit weniger die Produktion als die Produkte, hat also mit dem marxistischen Sozialismus nichts zu tun, der die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und der Produktion verlangt" (S. 180 bis 181).

Bemerkenswert ist, daß Kautsky weder in der zitierten Abhandlung noch in seinem Buch „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft", welches im November 1918 (am Vorabend der Revolution, nota bene!) erschienen ist, die kommende Welle der Sozialisierungsbewegung voraussieht. Wenn er auch die Notwendigkeit fiskalischer Staatsmonopole richtig vorausgesehen hat, so mißt er diesen Monopolen doch keine weitgehende soziale Bedeutung bei. Kautsky behauptet: „Was die Finanznot bewirken wird, das ist nicht wachsende Unabhängigkeit der Staatsgewalt von der Kapitalistenklasse, sondern wachsende Verschärfung der Klassengegensätze im Staat und Verschärfung der Klassenkämpfe um die Staatsgewalt. Die Masse des Kapitals als Einnahmequelle der Kapitalistenklasse wird durch die Finanznot nicht geändert." (S. 183.)

Uebrigens ist hervorzuheben, daß Kautsky überall die „Durchstaatlichung" meint, wenn er von Kriegssozialismus spricht, und nicht die vom Kriege hervorgerufene Erweiterung der Munizipalisierung.

Der Unterschied zwischen den bürgerlichen Kritikern des Kriegssozialismus und Kautsky liegt auf der Hand: für die ersteren geht der Kriegssozialismus zu weit, Kautsky und andern radikalen Sozialdemokraten scheinen die Maßnahmen des Krieges im Verhältnis zum Endziel der sozialen Entwicklung zu unbedeutend.

Nun wollen wir die interessante Frage untersuchen: Welche Stellung zum Kriegssozialismus nahm die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Presse ein? Selbstverständlich handelt es sich hier für uns nur um die Betrachtung der wissenschaftlichen Aufsätze; rein politische Auseinandersetzungen, welche Tagesfragen der Kriegsfürsorge behandeln, liegen außerhalb des Rahmens unserer Abhandlung. Wir beschränken uns hier auf die Betrachtung der Kriegsjahrgänge der zwei bedeutendsten sozialdemokratischen Zeitschriften: Der „Neuen Zeit", Organ des sogenannten orthodoxen Marxismus — und der „Sozialistischen Monatshefte", welche die Weltanschauung der sogenannten Revisionisten zum Ausdruck bringen. Wir

beginnen mit der „Neuen Zeit". Schon im Jahrgang 1914 fällt uns auf ein Aufsatz von Kautsky, betitelt: „Wirkungen des Krieges". Die uns schon bekannte Stellung Kautskys zum Kriegssozialismus kann am besten durch folgenden Passus aus dem genannten Artikel charakterisiert werden: „Es ist allerdings falsch, wenn man jedes Eingreifen des Staates (oder der Gemeinden) in die wirtschaftlichen Verhältnisse für Sozialismus hält. Das ist ebenso falsch, wie wenn man in jeder Genossenschaft eine sozialistische Einrichtung sieht. Staatswirtschaft und Genossenschaften sind Mittel, die den verschiedensten Zwecken dienen können. Für uns Marxisten ist der Ausgangspunkt der Klassenkampf der arbeitenden Klassen. Staats- und Gemeindewirtschaft wirken in der Richtung des Sozialismus, wenn sie für die arbeitenden Klassen und durch sie betrieben werden" („Die Neue Zeit", Nr. 23, vom 25. Dezember 1914, II. Band, S. 980).

In dem Aufsatz von Varga: „Probleme der Kriegswirtschaft" („Die Neue Zeit", 1915, Bd. II, S. 449 ff.) begegnen wir folgender Charakteristik des Kriegssozialismus: „Die Bedeutung des Staates als wirtschaftlichen Faktors wächst in der Kriegswirtschaft ins Ungeheure, stellt die privatwirtschaftliche Tätigkeit ganz in ihren Dienst, so daß die Kriegswirtschaft viele Züge der sozialistischen Wirtschaft aufweist. Sozialistisch ist in der Kriegswirtschaft hauptsächlich jene Tätigkeit des Staates, welche die Allgemeinheit gegen die Profitwut der Kapitalisten beschützt." (S. 458.)

Wo aber liegt der Grund des Eingreifens des Staates in die Privatwirtschaft während des Krieges? Der Zweck des Kriegssozialismus ist nach Varga die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die von bürgerlichen Nationalökonomen so bewunderte Stärke und Elastizität des Kapitalismus sei nur eine scheinbare, und das kapitalistische System verdanke seine Aufrechterhaltung während des Krieges nur der Unterstützung seitens des Staates. Der Verfasser erhofft von der künftigen Gestaltung der Wirtschaft und von der Marktkonstellation nichts Gutes und ruft daher aus: „Für das Proletariat kann es daher nur eine Losung geben: baldiger Friedensschluß, möglichst rasche Rückkehr aus der Kriegswirtschaft in das normale Wirtschaftsleben!" (461). Varga ersieht also in der Kriegswirtschaft keine Vorbereitungen zum Sozialismus.

Heinrich Cunow (seit 1917 Herausgeber der „Neuen Zeit" an Stelle von Kautsky) weist in einer Notiz „Fortschritte der Wirtschaftskonzentration" („Die Neue Zeit", 1916, Bd. II, S. 412) darauf hin, daß der Krieg nur die schon vorher vorhanden gewesene Tendenz des Kapitalismus zur Konzentration gefördert hat; von dem Eintreten einer neuen Entwicklungsphase, einer Art der des Sozialismus könne dagegen keine Rede sein.

(Fortsetzung folgt.)